

nachrichten

Besorgnis über rückläufige Geburtenraten

Warnungen vorsinkenden Geburtenraten gehören nun schon seit einigen Jahren zum Standardrepertoire der Regierung Singapurs. Diesmal war es Premier Goh Chok Tong, der im Anschluss an eine Parlamentsdebatte die anhaltend niedrigen Geburtenzahlen zu einem nationalen Problem erklärte.

2001 verzeichneten die Behörden des Stadtstaats mit etwa 40.000 Geburten einen Rückgang um 12,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. »Schuld« daran ist wohl in erster Linie die wachsende Zahl junger Frauen mit hohen Bildungsabschlüssen, die eine eigene Karriere einer Rolle als Hausfrau und Mutter vorziehen.

Parallel zum Rückgang der Geburten ist in den letzten Jahren auch die Zahl der Single-Haushalte in Singapur stetig angestiegen. Und während auch hier besonders Frauen mit hohen Bildungsabschlüssen ein Single-Dasein dem Familienleben vorziehen, weisen männliche Singles nach Angaben der Statistiker eher niedrige Bildungsabschlüsse auf.

Als Ausdruck eines Wertewandels bei der jüngeren Bevölkerung könnte dieser Trend nicht zuletzt auch Auswirkungen auf das soziale Gefüge des Stadtstaats haben, in dem der Anteil älterer Menschen stetig steigt und in dem sich der Umgang mit einer alternierenden Bevölkerung zu einer der wichtigsten politischen Herausforderungen entwickelt hat.

vgl. AFP (Singapur), 6.4.2002

Zahl der Entlassungen steigt weiter

Auch im ersten Quartal 2002 ist die Zahl der arbeitslosen Menschen in Singapur weiter gestiegen und beträgt nun mehr als 85.000. In diesen drei Monaten gingen weitere 13.800 Jobs verloren, davon nahezu 10.000 Stellen allein im Baugewerbe.

Erhebungen des Gewerkschaftsdachverbandes National Trade Union Congress (NTUC) zeigen, dass seit Januar 1997 mehr als 42.000 Stellen verloren gingen. Von besonderer Dramatik ist dabei der Stellenabbau bei den Herstellern von Computerkomponenten, einem zentralen Bereich der Exportwirtschaft Singapurs. So hat Seagate Technologies, eines der größten Unternehmen in diesem Sektor, in den letzten fünf Jahren über 5.500 Stellen abgebaut; auf Firmen wie Philipps, Sanyo, Hitachi, und Aiwa entfielen in diesem Zeitraum noch einmal knapp 9.000 Stellenstreichungen. Und ein Ende dieser Entwicklung ist derzeit nicht in Sicht. Die jüngste Hiobsbotschaft kam Mitte Mai vom japanischen Computerhersteller Matsushita. Im Zuge von Produktionsumstellungen sollen in Singapur 1.600 Stellen abgebaut und drei Viertel der Belegschaft entlassen werden.

Drei Verhaftungen sind das vorläufige Resultat einer nicht genehmigten Kundgebung, zu der die oppositionelle Singapore Democratic Party (SDP) am 1. Mai 2002 vor dem Istana, dem Amtssitz von Premierminister Goh und Staatspräsident Nathan, aufgerufen hatte. Mit der Veranstaltung unter dem Motto »People Against Poverty« sollte auf die zunehmende Armut in dem reichen Stadtstaat aufmerksam gemacht werden.

Chee Soon Juan, Generalsekretär der SDP, ist am 1. Mai verhaftet worden, als er trotz fehlender Genehmigung durch

Am stärksten ist immer noch das verarbeitende Gewerbe von der Entlassungswelle betroffen. Doch längst hat der Stellenabbau auch auf andere Bereiche übergegriffen. So hat die Restrukturierung auch im Bankensektor zum Abbau von Stellen geführt; ein Drittel der Arbeitslosen stammt mittlerweile aus der Dienstleistungsbranche. Angesichts dieser Entwicklung rechnet man auch in der Regierung mit einem weiteren Anstieg der Arbeitslosenquote von derzeit 4,5 Prozent auf bis zu sechs Prozent zum Ende des Jahres.

Für die Betroffenen besonders schlimm: der Stadtstaat verfügt über keine Arbeitslosenversicherung, die die Folgen der Entlassungswellen für die Menschen abmildern könnte. Und auch sonst ist es um das soziale Netz nicht gerade gut bestellt in Singapur, wo zwar 36 Prozent der Staatsausgaben dem Verteidigungshaushalt und der inneren Sicherheit vorbehalten sind, aber nur 2,6 Prozent für soziale Belange.

vgl. rtr, 18.3., 02.05., 19.6.2002; AFP (Singapur), 30.04., 14.6.2002; AP (Singapur), 22.5.2002

Oppositionspolitiker festgenommen

die Behörden Singapurs auf einer öffentlichen Mai-Kundgebung eine Rede zur Lage der Arbeiter im derzeit krisengeschüttelten Singapur (*südostasien* 2/2002) halten wollte. Weil er die Verhaftung Chees lautstark kritisierte, wurde auch SDP-Mitglied Ghandi Ambalam verhaftet; beide wurden zur Polizeiwache von Tanglin zu weiteren Verhören gebracht. Hier wurde schließlich auch der Journalist und Moslem-Aktivist Zulfikar Mohamad Shariff festgenommen, nachdem es zuvor zu einem heftigen Wortwechsel mit ei-

Staatliche Hilfen

Mit staatlichen Hilfen für einkommensschwache Haushalte will die Regierung steigenden Lebenshaltungskosten begegnen, die durch die Anhebung der Verbrauchssteuern auf die Bürger Singapurs zukommen. Dies hat der stellvertretende Premier Lee Hsien Loon Mitte Mai 2002 in einer Rede bekannt gegeben und damit auf zunehmende Proteste aus der Bevölkerung gegen die Steuererhöhungen reagiert.

Die Anhebung der Verbrauchssteuern auf Waren und Dienstleistungen von drei auf fünf Prozent ist für das kommende Jahr vorgesehen und gilt als Kompensation für Steuerausfälle, die sich aus der Anfang Mai beschlossenen Senkung der Unternehmens- und Einkommenssteuer von 24,5 Prozent bzw. 26 Prozent auf 20 Prozent ergeben. Diese Steuersenkung soll in zwei Schritten bis 2005 erfolgen und die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Singapur erhöhen.

Um die Folgen der Erhöhung der Verbrauchssteuern abzumildern, hat die Regierung Mittel in Höhe von 1,2 Milliarden Singapur-Dollar bereitgestellt. Ob diese Mittel allerdings ausreichen werden, wird angesichts weiter steigender Arbeitslosenzahlen von vielen Beobachtern bezweifelt.

vgl. AFP (Singapur), 20.5.2002

nem leitenden Beamten der Tanglin Police Division gekommen war.

Alle drei Festgenommenen wurden am Morgen des folgenden Tages wieder auf freien Fuß gesetzt. Über die Anklagen gegen die Drei wird ein Gericht Ende des Monats entscheiden.

vgl. AFP (Singapur), 29.4., 02.5.2002; Channel News Asia, 1.5.2002; www.thinkcentre.com, 1.5.2002; Straits Times, 2.5.2002